

Impfungen für über 80-jährige Berliner laufen an

BERLIN – Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat heute mit dem Versand von Einladungsschreiben zur Corona-Impfung an über 80-jährige Berliner begonnen. Zuvor waren die über 90-jährigen eingeladen worden. Die Senioren werden in dem Schreiben gebeten, mithilfe eines Termincodes über eine Impfhotline telefonisch oder online unter <https://service.berlin.de/corona/> zwei Termine im Abstand von ca. drei Wochen zur Impfung zu vereinbaren. Die Impfungen sind kostenlos und freiwillig. Der Versand der Einladungen erfolgt nach Jahrgängen – Einladungen werden nach Alter absteigend gestaffelt verschickt.

Neben dem Einladungsschreiben erhalten die Adressatinnen und Adressaten wichtige Informationen zur Impfung und zum Standort des Impfzentrums.

Zum Termin müssen die zu impfenden Personen neben ihrem Personalausweis, Reisepass oder Aufenthaltstitel und dem Einladungsschreiben weitere Unterlagen ausgefüllt mitbringen, die ebenfalls mit dem Einladungsschreiben versandt werden. Dies sind:

- Anamnese- und Einwilligungsbogen
- Aufklärungsmerkblatt des RKI
- Impfbuch (falls vorhanden)

Personen aus dem Verwandten- oder Bekanntenkreis können und sollen bei Bedarf bei der Terminbuchung behilflich sein und die zu impfende Person zum Impfzentrum begleiten. Allerdings können Begleitpersonen aus Platz- und Hygienegründen nicht mit ins Impfzentrum kommen. Wenn Personen Hilfe bedürfen, so werden sie von Mitarbeitenden im Corona-Impfzentrum begleitend unterstützt.

Etwaige Taxi-Kosten werden übernommen.

Raub in „Bordellwohnung“: Wer kennt diesen Mann?

BERLIN – Mit der Veröffentlichung eines Fotos aus einer Überwachungskamera versucht die Polizei, einen Räuber zu identifizieren. Der Mann hatte am 14. November gegen 0.30 Uhr an einer „Bordellwohnung“ (Polizeibericht) am Hindenburgdamm geklingelt. Als er eingelassen wurde, bedrohte er die „Hausdame“ mit einem Messer und forderte Geld von ihr. Die Frau händigte das Geld aus und der Mann flüchtete.

Hinweise bitte an das zuständige Raubkommissariat der Polizeidirektion 4 in der Eiswaldtstraße 18 in 12249 Berlin-Lankwitz, unter der Telefonnummer (030) 4664-473110 sowie per E-Mail, oder auch an jede andere Polizeidienststelle.

Antisemitische Beleidigungen und Messerangriff: Vernommen und wieder freigelassen

STEGLITZ-ZEHLENDORF – Gleich drei Mal musste die Polizei gestern Abend Streitigkeiten zwischen zwei Männern in Steglitz schlichten. Gegen 21 Uhr kam es zwischen einem 33-jährigen

Mieter einer Wohnung in der Birkbuschstraße und einem 28-jährigen Mann, der dessen Nachbarin besuchen wollte, vor dem Wohnhaus zu einem Streit. Hierbei soll der 28-Jährige den Mieter antisemitisch beleidigt und sich anschließend entfernt haben.

Kurze Zeit später kehrte der angetrunkene Tatverdächtige zurück, woraufhin ihn die alarmierten Polizistinnen und Polizisten vor dem Haus überprüfen konnten. Dabei stellten sie einen Alkoholwert von rund 2,2 Promille fest. Nach Feststellung der Personalien erteilten die Beamten dem Mann einen Platzverweis.

Den ignorierte er jedoch und kehrte wieder zurück, um den 33-Jährigen mit einem langen Messer anzugreifen. Hierbei soll er dem Opfer mit der stumpfen Seite auf den Handrücken geschlagen haben. Der Angegriffene wehrte sich wiederum mit Pfefferspray und sprühte dem Angreifer Reizgas ins Gesicht. Der ließ das Messer fallen und flüchtete in Richtung Sedanstraße. Die Polizisten konnten den um sich schlagenden und tretenden Mann überwältigen, fesseln und festnehmen. Nach Blutentnahme und Vernehmung wurde er auf freien Fuß gesetzt. Wegen des Verdachts der antisemitischen Beleidigung, gefährlichen Körperverletzung und des tätlichen Angriffs auf Einsatzkräfte muss sich der 28-Jährige nun vor Gericht verantworten.

AfD beantragt Corona-Schutzkonzept für Berliner Busse, S- und U-Bahnen

BERLIN – Der ÖPNV-Experte der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Gunnar Lindemann, übt massive Kritik an den

bisherigen Schutzmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Hauptstadt Einerseits habe die Coronakrise zu „dramatischen Einnahmeausfällen und Fahrgastschwund“ geführt, andererseits sei „auffällig wenig an durchdachten Konzepten in Sachen Infektionsschutz erkennbar“, heißt es weiter in einem Antrag der Partei im Abgeordnetenhaus.

So sei der Fahrerbereich von Bussen oftmals nur mit „provisorischem Flatterband abgegrenzt“ und Fahrgäste hätten Maskenpflicht. Ein Mehr an Konzept sei nicht erkennbar.

Besonders bitter sei, dass es andere Lebensbereiche in Berlin gäbe, die die vergangenen neun Monate genutzt hätten, wirksame Hygienemaßnahmen und Konzepte zu entwickeln. Die AfD schlägt deshalb ein konkretes Maßnahmenpaket vor, um sicherzustellen, dass besonders für Risikogruppen der ÖPNV wieder sicher und attraktiv werde.

So sei die regelmäßige Reinigung an den Endhaltestellen einschließlich guter Durchlüftung in vielen Verkehrsmitteln, z.B. Flugzeugen oder Fernbahnen, längst Standard, bei BVG und S-Bahn aber noch nicht.

Konkret fordert die AfD:

- die regelmäßige Innenreinigung der Fahrzeuge an den Endhaltestellen, insbesondere Haltegriffe, Haltestangen und Türöffner
- regelmäßiges Lüften der Fahrzeuge an den Endhaltestellen
- gefährdete Risikopersonen (Hochbetagte, Personen mit stark risikoerhöhenden Vorerkrankungen) können statt mit regulärem ÖPNV auf Wunsch ohne Aufpreis mit dem *BerlKönig* fahren, um diese Menschen besonders zu schützen
- zusätzliche Fahrten auf stark frequentierten Strecken zu den Stoßzeiten, um das Abstandhalten in den Fahrzeugen zu erleichtern
- Fahrerkabinen professionell mit festinstallierter Plexiglaswand schützen und Fahrscheinverkauf im Bus

wieder ermöglichen

- keine sinnlose und nutzlose Maskenpflicht im Freien, auf offenen Bahnhöfen und in wenig belegten Fahrzeugen, in denen Mindestabstände problemlos eingehalten werden können

Neonazis Weihnachten in der Zelle

BERLIN – Die Berliner Polizei hat am Tag vor Heiligabend die beiden bekannten Neonazis Sebastian T. und Tilo P. verhaftet. Beiden wird die Beteiligung an einer Reihe von Brandanschlägen in der Stadt vorgeworfen. Bei T. kommt hinzu, dass er unrechtmäßig Corona-Soforthilfe beantragt haben soll. Das Amtsgericht Tiergarten lehnte auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft eine Haftverschonung gegen die Rechtsextremisten ab.

Politische Extremisten von Rechts und Links verüben seit Jahren in Berlin Anschläge auf Wohnungen und Autos von Politikern, bevorzugt der Linken und der AfD.

Bis zu 1.000 Euro Bußgeld:

Böllern auf öffentlichen Plätzen in der Silvesternacht verboten

BERLIN – Der Aufruf von Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) an die Bürger der Millionenstadt ist unmissverständlich: „Bleiben Sie zu Hause, begrüßen Sie das neue Jahr im kleinen Kreis und verzichten Sie auf Feuerwerk und Böllerei!“

Und weil der rot-rot-grüne Senat es nicht bei Appellen belassen will, wurden kurz vor Weihnachten 56 sogenannte „Pyroverbotszonen“ für das Stadtgebiet in der Silvesternacht ausgewiesen. Schon im vergangenen Jahr gab es so etwas im nördlichen Teil des Alexanderplatzes und im Schöneberger Steinmetzkiez rund um die Pallasstraße.

Diese beiden bestehen auch kommende Woche, doch dazu kommen 54 Bereiche in allen Bezirken Berlins – vor allem in der City, Tiergarten, am Kottbusser Tor und Gesundbrunnen.

In den „Pyroverbotszonen“ ist das Abbrennen von Böllern, Raketen, Tischfeuerwerk und anderen Feuerwerksartikeln vom 31. Dezember bis zum Ende des 1. Januar 2021 untersagt, und zwar auf Straßen, Plätzen und Grünanlagen, *aber nicht auf Privatgrundstücken*. Auch das Aufhalten (nicht das Durchqueren) auf öffentlichen Plätzen ist in der Silvesternacht verboten. Wer sich nicht daran hält, muss mit Bußgeldern zwischen 500 und 1000 Euro rechnen.

Die Polizei werde nicht jeden Böllerwurf verhindern können, aber sie werde nach ihren Möglichkeiten Verstöße in der Silvesternacht konsequent ahnden. Innensenator Geisel: „In Gruppen auf der Straße zu böllern birgt erhebliche Risiken für unsere Gesundheit. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern arbeiten schon jetzt am Limit.“

Vermisstenfall Rebecca (15): Zeugin schildert erstmals ihre Beobachtungen öffentlich

BERLIN – Das mysteriöse Verschwinden der 15-jährigen Rebecca Reusch beschäftigt weiter die Polizei. Das Mädchen hatte in der Nacht vom 17. auf den 18. Februar 2019 bei ihrer älteren Schwester übernachtet und sollte von dort direkt zur Schule fahren. Doch dort kam die Jugendliche nie an. Bei der Polizei geht man inzwischen davon aus, dass das Mädchen Opfer eines Tötungsdeliktes geworden ist. Am Tag ihres Verschwindens waren drei Frauen in einem Waldstück nahe des Dorfes Kummersdorf unterwegs und beobachteten einen Mann, der sich auffällig verhielt, als er bemerkte, dass er nicht allein war. Die Frauen meldeten ihre Beobachtungen der Polizei, die daraufhin das Waldstück mit einem Großaufgebot der Polizei und Leichenspürhunden durchsuchte – ohne Erfolg.

Auch gab es einen weiteren Zeugen, der in der Nähe ein Auto gesehen hat, das der himbeerrote Renault Twingo des Schwagers von Rebecca gewesen sein könnte. Der Schwager geriet immer wieder ins Visier der Fahnder und wurde sogar zwei Mal festgenommen, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich der Tatverdacht gegen ihn nicht erhärten ließ.

Eine der Zeuginnen hat jetzt erstmals für einen *podcast* zwei Journalistinnen ihre Beobachtungen geschildert. Der Verdächtige habe sich auffällig häufig nach allen Seiten umgesehen und – nachdem er bemerkte, dass er nicht allein war – nur noch nach unten geschaut, während er sich schnell

entfernte. Die Polizei hält des 27-jährigen Schwager des Mädchens bis heute für den Täter.

Bitte bleiben Sie dran... Warum gibt es eigentlich Callcenter?

von KLAUS KELLE

BERLIN – Was ist los bei der Berliner Sparkasse? Immer wieder hörten wir, dass Kunden sehr lange, zu lange in der Warteschlange des Callcenters hingen, bis sie dann entnervt aufgaben. Heute ist es mir selbst passiert. Dazu muss man wissen, dass ich seit vielen Jahren – sicherlich 20 – Kunde dort bin und mit der Bank durch Höhen und Tiefen gegangen bin. Also keine grundsätzliche Kritik. Aber heute hatte ich eine einfache Frage, die nicht durch Online-Recherche zu beantworten war. Also wählte ich die „Service“-Nummer.

Neben „Driving home for Christmas“ von Chris Rea und „Happy“ von Pharrell Williams teilte mir eine Stimme vom Band regelmäßig mit, dass alle Kundenberater hart arbeiten, aber ich nicht aufgeben und weiter warten sollte. Smartphone auf

Lautsprecher gestellt und warten also... und nebenbei aufräumen. Als sich nach 25 Minuten nichts änderte – wohlgemerkt, es geht um eine Frage, die innerhalb von 30 Sekunden zu beantworten wäre – beschloss ich, eine Nachricht an das Service-Postfach zu schreiben, nachdem ich vorher noch den virtuellen Berater im Chat versucht hatte, der aber Fragen an MICH stellte, die mit meinem Anliegen nichts zu tun hatten. Also Service-Nachricht geschrieben. Gerade als ich diese senden wollte, meldete sich eine Frau und fragte, was sie für mich tun könne. Ich nannte Kontonummer und mein Anliegen, das sie sofort verstand.

Leider sei für meine Anfrage aber eine andere Abteilung zuständig. Ob sie mir mal eine Telefonnummer geben könne. Klar, aber können Sie mich nicht einfach verbinden? Nein, das gehe – leider, leider – nicht. Ich also Nummer aufgeschrieben, mich brav bedankt und angerufen. Anrufbeantworter wörtlich:

„Leider ist bisher kein Mitarbeiter frei. Bitte rufen Sie uns zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal an...“

Und das tue ich inzwischen seit weiteren 20 Minuten.

Ich erspare Ihnen, jetzt auf Zusammenhänge mit dem Flughafen BER aufmerksam zu machen. Aber Service geht anders, oder?

Ihre Gedanken dazu bitte an: redaktion@the-germanz.de

**Durchsuchungen und
Festnahmen: 500 Beamte im**

Einsatz gegen Clan-Kriminalität

BERLIN – Ihr Geschäftsfelder sind vielfältig. Sie betrügen Menschen, handeln mit Drogen und treiben Schulden auch mal handfest ein. Aber jetzt schlägt der Staat zurück. Endlich. Seit den frühen Morgenstunden durchsuchen 500 Polizeibeamte, darunter schwer bewaffnete Spezialeinheiten (SEK, GSG 9) 33 „Objekte“ in Berlin und Hamburg. Das Landeskriminalamt (LKA) Berlin ermittelt gegen 36 Verdächtige, vorwiegend des berüchtigten Abou-Chaker-Clans und Rechtsanwälte, Notare und Immobilienmakler. Inzwischen wurden drei von ihnen festgenommen.

Der Tagespiegel berichtet konkret über ein älteres Ehepaar, das durch Betrug um ihre Immobilie im Wert von drei Millionen Euro gebracht wurde.

Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Tatverdächtige wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Ohne Anlass: Mann (21) entreißt Mutter (29) Kinderwagen mit Säugling

BERLIN – Ein Mann attackierte gestern Mittag eine junge Mutter und ihren Säugling in Mitte. Gegen 13 Uhr sprach der später

als 21-Jähriger identifizierte Mann auf der Brückenstraße zunächst einen Polizisten an, um diesen nach der Uhrzeit zu fragen. Im Anschluss sprach der Mann noch weitere Passanten an. Dieses Verhalten erschien dem Polizeikommissar ungewöhnlich, sodass er ihm noch einen Moment nachschaute.

Kurze Zeit später ging der 21-Jährige auf die 29-jährige Mutter zu, die gerade mit ihrer knapp fünf Monate alten Tochter ebenfalls auf der Brückenstraße unterwegs war. Plötzlich und ohne erkennbaren Auslöser, stieß der Mann die 29-Jährige zur Seite und ergriff den Kinderwagen, in dem das kleine Mädchen lag. Im nächsten Augenblick schob er den Wagen vom Gehweg herunter auf die Fahrradspur, in Richtung Fahrbahn. Ein vorbeifahrendes Auto konnte knapp ausweichen. Der Polizist rannte zum Ort des Geschehens, trennte den 21-Jährigen von dem Kinderwagen und überwältigte ihn mit Unterstützung eines Passanten. Der beruhigte auch weitere Umstehende, die über die Festnahme ihren Unmut äußerten.

Die junge Mutter konnte den Kinderwagen ergreifen und verhindern, dass er auf die Fahrbahn rollt. Weitere Streifenwagen waren schnell vor Ort und brachten die Lage unter Kontrolle. Der 21-Jährige wurde festgenommen. Er muss sich nun wegen des Verdachts der versuchten gefährlichen Körperverletzung verantworten. Mutter und Tochter blieben unverletzt.

Foto: *Symbolbild*